



Resolution des Vorstandes der Ärztekammer für Steiermark vom 19. November 2009 zur Umsetzung des Kassensanierungspaketes

Der Ministerrat hat am 17.11.2009 die gesetzlichen Änderungen zur Umsetzung des Kassensanierungspaketes beschlossen. Im Zuge der Verhandlungen zwischen dem Hauptverband und der Österreichischen Ärztekammer wurde als wesentlicher Bestandteil der Übereinkunft die Umsetzung der Ärzte-GmbH - als Möglichkeit der Vergesellschaftung freiberuflicher ärztlicher Tätigkeiten - vereinbart. Dies wurde entgegen den Absprachen vom Ministerrat jedoch nicht vorgeschlagen.

Die Ärztekammer für Steiermark ist empört über dieses vereinbarungswidrige Vorgehen und richtet daher an die Regierung und die Verantwortlichen im Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger folgende

Resolution

Handschlagsqualität und Verhandlungstreue sind wesentliche Bestandteile aufrechten politischen Handelns. Wir fordern daher den Herrn Bundesminister, die Bundesregierung und das Parlament auf, das zwischen dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger und der Österreichischen Ärztekammer erzielte Verhandlungsergebnis zur Verbesserung der Gebarung der Krankenversicherungsträger in der Gesamtheit umzusetzen.

Die Ärzteschaft wird die einzelnen Punkte des Kassensanierungspaketes im Rahmen ihres Wirkungsbereiches nur dann umsetzen, wenn alle vereinbarten legislativen Maßnahmen, insbesondere auch die Einführung der Ärzte-GesmbH's im Rahmen des Ärztegesetzes, umgesetzt sind.

Die österreichischen Ärzte sind bereit, Veränderungen mitzutragen und ihren Teil der Verantwortung für Kostenentwicklungen zu übernehmen. Dafür bedarf es aber im Gegenzug der Schaffung zeitgemäßer Formen der Zusammenarbeit im niedergelassenen Bereich.

Die Stärkung des niedergelassenen Bereiches darf kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss tatsächlich vorangetrieben werden. Die Schaffung verbesserter Zusammenarbeitsformen im Rahmen von Ärzte-GmbH's bewirkt eine Verbreiterung des niedergelassenen Leistungsangebotes in qualitativer wie auch in zeitlicher Hinsicht. Dadurch können die Spitäler nachhaltig entlastet werden, weshalb diese Möglichkeiten ohne weiteren Verzug zugänglich gemacht werden müssen.

Wir fordern die Politik auf, die Anliegen der Ärzte ernst zu nehmen und ihre Geduld und Kompromissbereitschaft nicht über Gebühr zu strapazieren. Gemeinsame Lösungen können nur im wechselseitigen Vertrauen, mit dem nötigen Respekt sowie der erforderlichen Handschlagsqualität und Pakttreue erzielt werden. Das eben erst wieder gewonnene Vertrauen soll nicht durch unbesonnene Vollziehungsschritte zunichte gemacht werden.

Die Inhalte zur Schaffung der Ärzte-GmbH's sind vereinbart, konkret ausgearbeitete Textvorschläge vorhanden. Wir fordern eine Umsetzung im Rahmen der 13. Ärztegesetznovelle!